

Strategischer Ansatz für die Bundestagswahl 2017

Wahlstrategie DIE LINKE, Bundeswahlkampfleiter

- 0. Kurzfassung**
- 1. Hoffnung statt Angst**
- 2. Konfliktlinien in der Gesellschaft**
- 3. Gleichheit und soziale Gerechtigkeit als Leitidee**
- 4. Gegner und Konkurrenz**
- 5. Warum DIE LINKE wählen?**
- 6. Linke Politik ist machbar. DIE LINKE macht den Unterschied.**
- 7. Zielgruppen und Ansprache**
- 8. Wahlkampfziele**

Am 26. März 2017 wird im Saarland, am 7. Mai in Schleswig-Holstein und am 14. Mai Nordrhein-Westfalen gewählt. Zuvor, am 12. Februar, wird eine neue Bundespräsidentin oder ein neuer Bundespräsident gewählt. Die politischen Höhepunkte im ersten Halbjahr 2017 werden die politische Stimmung und damit die Ausgangslage für den heißen Bundestagswahlkampf voraussichtlich erheblich beeinflussen. Hinzu kommen politische Entscheidungen in europäischen Nachbarländern von nicht unerheblicher Bedeutung, allen vor die Wahlen in Frankreich 2017.

Insofern kann und wird es notwendig sein, die strategische Kommunikation dementsprechend anzupassen und Schwerpunkte mglw. neu zu definieren.

0. Kurzfassung

- 1.) **Vier gesellschaftliche Entwicklungen** - auch Langzeitfolgen neoliberaler Politik - liegen der politischen Auseinandersetzung derzeit zu Grunde.
 - **Entsicherung:** Soziale Unsicherheit hat in den vergangenen Jahren extrem zugenommen.
 - **Entsolidarisierung:** Die Gesellschaft zerfällt in Gewinner und noch mehr Verlierer.
 - **Entmachtung:** Entscheidungen werden auf nicht demokratisch legitimierte Ebenen verlagert.
 - **Entgrenzung:** Wir leben in einer Welt, deren Krisen gefühlt und real näher rücken.

Zerfall des Sozialen und Solidarischen, scheinbar macht- und orientierungslose Politik, eine Welt, deren Krisen näher rücken: Das ist der Nährboden, auf dem die Rechten wachsen. Um sie zurückzudrängen, muss sich die Politik ändern. Wir brauchen einen grundlegenden Politikwechsel:

- Notwendig ist **soziale Sicherheit**, soziale Gerechtigkeit: für alle oder es ist keine.
 - Notwendig ist eine Politik, die die Gesellschaft **demokratisch und transparent** gestaltet.
 - Notwendig ist eine Politik, die Ängsten **Hoffnung** entgegensetzt, indem große gesellschaftliche Probleme - soziale Unsicherheit, soziale Spaltung der Gesellschaft, Armut, Rente, Mieten - angepackt werden, ohne **Solidarität und Humanität** aufzugeben.
- 2.) **16 Prozent aller Wahlberechtigten** können sich derzeit vorstellen, DIE LINKE zu wählen oder wählen sie tatsächlich. Das ist die Ausgangslage für den Bundestagswahlkampf. Darunter sind viele, die unentschlossen sind. Der Wahlkampf wird darauf ausgerichtet sein, erstens Stammwählerinnen und Stammwähler weiterhin an uns zu binden und zweitens die **linken Unentschlossenen**, die ein Drittel des Wählerpotenzials ausmachen, für DIE LINKE zu gewinnen.
 - 3.) **Wir werden fünf Gründe liefern, DIE LINKE zu wählen:** Erstens: DIE LINKE wird im Wahlkampf deutlich machen, dass sie ihre Politik durchsetzen will. Die Menschen müssen das Gefühl haben, wenn ich DIE LINKE wähle, ändert sich was. Diese Stimme lohnt sich. Zweitens: Wählerinnen und Wähler müssen wissen, woran sie mit uns sind. Wir wissen, was wir wollen: Wir haben ein Programm und klare Inhalte für einen Politikwechsel: sozialer, gerechter, besser für alle. Drittens: Zu linker Politik gehört immer auch ein Schuss Utopie. Wir wollen, dass es grundsätzlich anders läuft in der Gesellschaft. Viertens: Wir sind die einzigen, die für die Ablösung von Seehofer&Merkel stehen. Wer grün wählt, kann mit Seehofer aufwachen. Fünftens: Eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für Weltoffenheit und gegen Rassismus. Wir halten an unseren linken Werten fest.
 - 4.) **Wir sagen den Wählerinnen und Wählern:** Wir wollen das, was wir fordern, auch durchsetzen. Linke Politik ist machbar! Wir wollen und werden

regieren, wenn wir mit anderen die Politik ändern können: sozialer, gerechter und besser für alle. Das Land braucht eine linke Regierung, oder es droht eine rechte.

- 5.) **Unser Wahlkampf** wird zum Mitmachen einladen. Stimmung und Politik zu verändern, schaffen wir nicht allein. Wir werden einen Wahlkampf machen, der zu den Menschen kommt. Wir werden alltagsbezogen kommunizieren und Politik verständlich machen. Wir nennen Probleme beim Namen und bieten Lösungen an. Wir legen uns mit den Mächtigen an und zeigen, dass Veränderung machbar ist. **Unsere Erzählung ist die der Hoffnung.**
- 6.) **Unser Ziel ist es**, uns im Vergleich zu 2013 zu verbessern und gestärkt in den Bundestag einzuziehen. Wir kämpfen um ein **zweistelliges Ergebnis** und wollen unsere Position als drittstärkste Fraktion im Bundestag verteidigen.

1. Hoffnung statt Angst

Seit der letzten Bundestagswahl im Jahr 2013 hat sich die Gesellschaft, hat sich die Welt stark verändert. Viele sprechen von einer Zeitenwende, von einer gesellschaftlichen Zäsur. Deutschland ist in mehrfacher Hinsicht ein gespaltenes Land. Lange waren die politischen Verhältnisse nicht mehr so angespannt, so fragil. Die Gesellschaft ist verunsichert, sozial gespalten, politisch und emotional polarisiert. Auch das ist ein Ergebnis von zwölf Jahren Merkel. Der Aufstieg des Rechtspopulismus hierzulande und in Europa ist alarmierend für alle fortschrittlichen Kräfte. Die Bundestagswahl 2017 wird zur Richtungsentscheidung mit Auswirkungen für ganz Europa. **Es ist Zeit, Stellung zu beziehen und Partei zu ergreifen.** Schafft das Land einen gesellschaftlichen Aufbruch, einen progressiven Politikwechsel oder rutscht es weiter nach rechts, in Richtung nationalkonservative Wende. Für selbstverständlich gehaltene demokratische und zivile Errungenschaften stehen auf dem Spiel. Anderes, vor allem soziale Sicherheit, muss erkämpft werden. Verunsicherung und Angst wollen wir Hoffnung entgegensetzen. Wir wollen die vielen, die sich sozial und kulturell engagieren für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Solidarität und Integration, ermutigen und ihnen eine Stimme geben. Wir wollen all jenen, für die Gerechtigkeit nicht an der Landesgrenze enden kann und darf, Partnerin sein. Soziale Gerechtigkeit für alle, Demokratie, Weltoffenheit und Frieden. Dafür steht DIE LINKE, dahin wollen wir mit dem Land. Und wir werden jede Chance nutzen, um gemeinsam mit anderen reale Schritte in diese Richtung zu gehen. **Es geht um viel.**

Seit Monaten dominieren in der öffentlichen Debatte die Themen Terrorbedrohung, innere Sicherheit, Europa, Flüchtlingspolitik, Türkei, Kriege und internationale Krisen. Die Welt gerät aus den Fugen, so scheint es, und die Öffentlichkeit ist in einem permanenten Zustand der Angespanntheit und Verunsicherung. Vieles macht den Menschen Angst, viele sind beunruhigt und frustriert, von Politik und Parteien enttäuscht. In der Tat: Gründe, sich zu sorgen, nehmen zu. Und viel zu selten steht jenes im Mittelpunkt der Debatten von Politik und Medien, was Menschen in Existenzkrisen treibt, Selbstbestimmung nimmt und Würde verletzt. Die Probleme gehen tiefer als oft behauptet: Die Gesellschaft leidet aufgrund jahrelanger neoliberaler Politik unter einer **sozialen Entsicherung, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt erodieren lässt.** Diese Entsicherung alles Sozialen ruft Verunsicherung, Zukunftsangst hervor und

entsolidarisiert, vereinzelt die Menschen. Sie ist ein Grundproblem unserer Zeit. Nicht allen geht es schlechter, aber fast alle müssen in beinahe allen Lebensbereichen miteinander konkurrieren. Abstiegsängste greifen bis in die Mitte um sich. Aufstieg und Perspektiven auf ein sicheres, selbstbestimmtes Leben sind für viele verschlossen. Kaum etwas ist noch planbar. Das nimmt den Menschen sozialen Halt und innere, persönliche Sicherheit. So werden – vor allem in unsicheren, unübersichtlichen Zeiten – Ressentiments verstärkt statt ihnen entgegenzuwirken. Soziale Sorgen, Frust und Ängste, die den Alltag bestimmen, wurden von den Regierungen jahrelang nicht nur ignoriert, sondern es sind Folgen ihres eigenen politischen Handelns. Ergebnis neoliberaler Agenda der vergangenen 20 Jahre sind eine immer krassere Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, prekäre Jobs, Niedriglöhne, Mini-Renten, Kinderarmut, Wohnungsmangel und eine marode öffentliche Infrastruktur, in vielen Schulen, Kommunen und Krankenhäusern: All das ist besorgniserregend und beängstigend in diesem Land, das treibt die Gesellschaft auseinander.

Und **es geht um die Demokratie selbst**: Denn Parteien und etablierte Politik haben in den letzten Jahren noch einmal gewaltig an Akzeptanz verloren. Viele wenden sich enttäuscht ab, wenn Politik hauptsächlich als etwas wahrgenommen wird, weshalb es immer schwieriger wird im Alltag. Ein Großteil der Bevölkerung hat das Gefühl, dass etablierte Politik mit ihnen nichts mehr zu tun hat, dass sie von ihr nichts mehr zu erwarten haben. So nachvollziehbar mancher Frust ist, die Hoffnung muss zurück. Mit der LINKEN muss sich Hoffnung verbinden: auf eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt. Hoffnung auf eine andere Politik, die das Leben der Menschen verbessert, erleichtert, selbstbestimmter macht.

Die Bundesregierung steht für das genaue Gegenteil. In den ersten beiden Jahren lähmte die Große Koalition das Land, machte eine Politik des Stillstandes anstatt mit großen Mehrheiten auch große gesellschaftliche Probleme anzupacken. Seit 2015 treibt die Politik der Bundesregierung die Gesellschaft auseinander. Dem prinzipiell richtigen „Wir schaffen das“ der Kanzlerin folgt keine Antwort auf die Frage, wie es zu schaffen ist. Die Gesellschaft ist nicht mit der Aufnahme von Geflüchteten überfordert, sondern mit einer Bundesregierung, die es sichtlich nicht schafft und ihre Kapazitätsgrenzen längst überschritten hat. Die Große Koalition ist nicht in der Lage und gar nicht willens, ausreichend in Infrastruktur und Soziales zu investieren, genügend bezahlbare Wohnungen zu bauen, ausreichend Personal im öffentlichen Dienst einzustellen, Städte und Gemeinden finanziell zu entlasten und Sozialleistungen zu garantieren. Das sind Probleme, die allesamt lange vor dem Flüchtlingszuzug existierten.

Dabei hat die Große Koalition die politischen Koordinaten selbst noch nach rechts verschoben. Rechtspopulisten wurden salonfähig und erfolgreich gemacht, indem ihre Positionen teilweise oder ganz übernommen und ihre Erzählungen zu den gesellschaftlich dominierenden gemacht wurden. Die Anti-Asylpakete haben kein einziges Integrationsproblem gelöst, sondern das gesellschaftliche Klima vergiftet und die rechten Hetzer noch ermutigt. Wir kritisieren die Kanzlerin nicht dafür, dass sie rund eine Million Flüchtlinge ins Land ließ. Wir kritisieren Merkel von links: für ihre Asylrechtsverschärfungen und ihre halbherzige Integrationspolitik, für den Flüchtlings-Deal mit der Türkei, dass sie

kuschelt vor Erdogan, für Waffenexporte und die Nichtbekämpfung von Fluchtursachen. Wir kritisieren ihre Politik der schwarzen Null, die die öffentliche Infrastruktur verkommen lässt und die Reichen zulasten kleiner und mittlerer Einkommen schont.

In Europa hat die Kanzlerin einen politischen Scherbenhaufen hinterlassen. Die Europäische Union droht auseinanderzubrechen, die Brexit-Entscheidung ist der vorläufige Höhepunkt einer Krise, in der die EU seit Jahren steckt. **Autoritäre Politik ist im Aufwind, Nationalismus und Chauvinismus kehren zurück.** Deutschland als wirtschaftlich stärkstes und politisch mächtigstes Land wird seiner Verantwortung in der EU und ganz Europa nicht gerecht. Im Gegenteil: Die Krisen- und Europapolitik und Deutschlands ökonomischer Nationalismus haben die Fliehkräfte in Europa verstärkt und den Kontinent renationalisiert. Daher wird die Bundestagswahl 2017 auch entscheidend für die Zukunft der Europäischen Union. Die Machtverhältnisse in Deutschland müssen sich ändern, um den dringend notwendigen Neustart in der EU möglich zu machen.

Angesichts der Verunsicherung und Polarisierung in der Gesellschaft wird es im Bundestagswahlkampf mehr als bei Wahlen in der Vergangenheit um **politische Orientierung, Vertrauen und Verlässlichkeit** gehen. Menschen suchen Sinn und Halt in unübersichtlichen Zeiten. Das ist per se nicht konservativ: Viele junge Menschen haben sich im letzten Jahr an der Frage, wie die Gesellschaft mit den Schwächsten umgeht, politisiert. Identität und Wertefragen gewinnen an Bedeutung. Auch von links – und gerade im Kampf gegen die Rechten. Grundsätzliches verbindet das sogenannte „gesellschaftliche Lager der Solidarität“. Verbindet jene progressiven Kräfte in der Gesellschaft, die für einen anderen Weg, für einen Ausweg aus der Alternativlosigkeit streiten: für bessere Arbeitsbedingungen, gegen prekäre Arbeit, Gängelei in den Job-Centern und für bezahlbare Mieten kämpfen, sich Nazis und Rassisten entgegenstellen und Demokratie verteidigen, Geflüchteten helfen, sich über obszönen Reichtum empören, sich für Klimagerechtigkeit und gerechten Welthandel einsetzen. Es geht um eine Klammer von sozialen Interessen und linken Werten. Was macht uns aus? Wie wollen wir miteinander leben? **Wir als LINKE machen die Gleichheit aller zum Ausgangspunkt unseres politischen Handelns.** Das ist der entscheidende Gegensatz – sowohl zu den Rechtspopulisten als auch zu den Neoliberalen. Gerechtigkeit: für alle oder es ist keine.

2. Konfliktlinien in der Gesellschaft

Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums

Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung sind 82 Prozent der Befragten der Meinung, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland zu groß ist. Danach sprechen sich deutliche Mehrheiten sowohl für höhere Steuern für Reiche – Vermögensteuer – als auch für steuerliche Entlastungen von mittleren und kleinen Einkommen aus. Bedrückende Armut und unermesslicher Reichtum: Beides wächst in Deutschland, in Europa, weltweit. Die Folge einer wachsenden **Entsolidarisierung**: Die gesellschaftliche und materielle Kluft zwischen so genannten Gewinnern und Verlierern wächst unaufhörlich. Nutznießer dieser

Politik sind Konzerne und Vermögende. Hierzulande gehören dem reichsten Promille 16 Prozent und dem reichsten Prozent ein Drittel des gesamten privaten Vermögens. Da über den Reichtum der Reichen gar nicht alles bekannt ist, ist die Kluft zwischen Arm und Reich vermutlich noch viel tiefer als aus offiziellen Zahlen hervorgeht. Sogar bei der OECD und deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten ist es mittlerweile unstrittig, dass das erreichte Maß an sozialer Ungleichheit die wirtschaftliche Entwicklung, Innovationen und Zukunftsfähigkeit des Landes hemmt.

DIE LINKE wird sich im Wahlkampf als die Partei profilieren, die konsequent für eine deutliche höhere Besteuerung von Reichtum und eine Umverteilung von oben nach unten eintritt. Die Verteilungsfrage gehört ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung. Denn jede soziale Reformpolitik hat zur Voraussetzung, dass Vermögende, Kapitaleigentümer und Superreiche viel stärker steuerlich herangezogen werden. Dadurch entstehen die Spielräume für soziale Politik, Armutsbekämpfung und öffentliche Investitionen. Wer nicht den Reichtum antasten will zur Finanzierung des Gemeinwesens, der meint es nicht ernst mit sozialer Gerechtigkeit und kann die drängendsten gesellschaftlichen Probleme nicht lösen.

Soziale Unsicherheit

Seit Jahren erodiert die soziale Basis, erodieren die sozialen Sicherungssysteme der Gesellschaft. Vielen Menschen plagen existenzielle Sorgen, bis weit in die Mittelschicht droht sozialer Abstieg, erreichte Lebensstandards stehen unter Vorbehalt. Wie sicher ist mein Job, wenn so viele junge Leute nur befristet eingestellt werden? Kriege ich nach der fünften Verlängerung endlich einen unbefristeten Vertrag? Was passiert, wenn ich mit Mitte 50 arbeitslos werde? Wenn ich mir heute den Rentenbescheid anschau, was wird dann im Alter? Wovon soll ich den Zahnersatz bezahlen? Können wir uns die Wohnung noch leisten, wenn die Miete noch einmal erhöht wird? Finde ich einen Kita-Platz und wie sollen wir später die Pflege unserer Eltern finanzieren? Jahrzehntlang herrschte in der Bundesrepublik das Gefühl vor, dass es tendenziell und für die Mehrheit in der Gesellschaft ökonomisch bergauf geht und der erreichte Lebensstandard abgesichert ist. Seit etwa 20 Jahren gilt dies immer weniger. Von einer guten Wirtschaftslage und einem vermeintlichen Jobwunder der letzten Jahre spüren viele Menschen kaum etwas. Perspektiven, das Leben planen zu können, selbstzubestimmen, von sozialer Sicherheit etwa bei der Familiengründung ausgehen zu können, haben die wenigsten. Viele befinden sich in einem Hamsterrad: Das Geleistete ist nie genug, im Job im Dauerstress und immer in Konkurrenz mit anderen und bei Verlust droht der Abstieg ins Bodenlose. Die Gesellschaft zerfällt in Gewinner und viel mehr Verlierer.

Soziale Gerechtigkeit ist der Markenkern der LINKEN, Politik für soziale Gerechtigkeit ist Teil unserer Identität. Wir werden ein **Programm für soziale Sicherheit** vorlegen, das die Probleme, Ängste, Sorgen des Alltags der Menschen in den Blick nimmt und konkrete, machbare Lösungen vorschlägt, die die Arbeits- und Lebensbedingungen für die meisten verbessern würde.

Globalisierung, Entgrenzung und der Kulturkampf der Rechten

Zur sozialen Entsicherung kommt eine reale und gefühlte **Entgrenzung** von Politik und Alltag hinzu. Vieles scheint ständig in Veränderung, immer neue Anforderungen, Bestehendes und Erreichtes – ob im privaten oder beruflichen Leben – droht, entwertet zu werden. International erscheint die Lage so instabil wie lange nicht. Die Globalisierung wirkt – ökonomisch, politisch, sozial und mental. Kriege, Krisen, Elend, Flucht, Freihandel, Europa, Klimawandel: Es sind extrem unübersichtliche Zeiten. Aus der Desorientierung fliehen manche in die nationale Nische. Heimat und Gemeinschaft versprechen, Halt zu geben, wenn Politik sich nicht kümmert und das Soziale zerfällt. Gegen die Probleme und Herausforderungen einer sich dramatisch wandelnden Welt, die inzwischen bis vor die eigene Haustür kommen oder zu kommen scheinen, schotten sich zunehmend Menschen ab. Nicht nur, aber öfter jene, deren eigene Probleme schon Grund genug sind, Angst vor der Zukunft, Angst vor Veränderung zu haben.

Zerfall des Sozialen und Solidarischen, scheinbar macht- und orientierungslose Politik, eine Welt, deren Krisen näher rücken: Auf diesem Nährboden wachsen die Rechten hierzulande, in Europa und darüber hinaus. Autoritäre Antworten sind wieder gefragt und Rechtspopulisten liefern noch Sündenböcke für diese Entwicklung: mal sind es Flüchtlinge, mal Ausländer, mal Muslime, mal Griechen, mal Erwerbslose deutscher Herkunft. Gleichzeitig geht es gegen alle etablierten Parteien, demokratische Institutionen, EU, Euro und „Lügenpresse“. Sie wollen zurück in die 50er Jahre, außen- und frauenpolitisch eher ins 19. Jahrhundert, führen einen Kulturkampf von rechts für ein autoritäres Rollback – weg vom „links-rot-grün versiffen 68er-Deutschland“.

Entlang dieser Konfliktlinie positionieren wir uns als LINKE mit einer Politik, die zwei Dinge macht: **Haltung zeigen und Halt geben**. Einerseits stellen wir uns Rassisten und der Rechtsentwicklung im Land konsequent entgegen, andererseits müssen wir verhindern, dass die 85 Prozent der Bevölkerung, die bisher nicht nach rechts gerückt sind, nicht auch noch wegrutschen. Dafür ist soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit notwendig und eine Politik, deren demokratisch legitimierten Institutionen die gesellschaftliche Entwicklung politisch gestalten und das nicht Konzernen und Banken überlassen. Notwendig ist eine Politik, die Orientierung gibt und Ängsten Hoffnung entgegensetzt, ohne Solidarität und Humanität aufzugeben. Kein Problem löst der, der Grenzen schließt, neue Mauern baut und Stimmung gegen Flüchtlinge macht. Probleme werden gelöst, indem die soziale Spaltung des Landes bekämpft und der Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas entgegengewirkt wird.

Und was wird aus Europa?

Die Frage nach der Zukunft Europas und der Europäischen Union ist entscheidend für das Land. Wird das Brexit-Referendum zu einem Ausgangspunkt für eine grundlegende Wende, einen sozialen und demokratischen Neustart in Europa? Oder setzen sich die Merkels, Schäubles und Junckers durch, die ihren Kurs, der Europa an die Wand fährt, unbeirrt fortsetzen. Entscheidend werden in den

nächsten Monaten die Abstimmungen und Wahlen in Italien, Österreich und Frankreich. Rechtspopulisten sind auf dem Vormarsch, versuchen überall in Europa Wut über soziale Gerechtigkeit in Hass auf Minderheiten, auf das Fremde zu wenden. Die EU befindet sich wahrscheinlich in ihrer schwersten Krise, es droht ein Ende, ein Auseinanderbrechen, eine Kettenreaktion nach dem Brexit. Mit dem Drehen an Stellschrauben wird es nicht mehr gehen. Gelingt nicht ein grundlegender Kurswechsel, der soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Rezession zurückdrängt, wird die europäische Integration scheitern. Statt Lohn- und Sozialkürzungen, falscher Eurokrisen-Politik, TTIP und Ceta sind Investitionen, Steuern für Reiche und Konzerne, Aufbauprogramme und Abkommen zur wirksamen Bekämpfung von Steuerflucht notwendig. Wer an Europa denkt, denkt nicht mehr an Demokratie und Wohlstand. Europa ist für zu viele Menschen von einer Hoffnung zu einer Bedrohung geworden.

3. Gleichheit und soziale Gerechtigkeit als Leitidee

So vielfältig die Herausforderungen, so unterschiedlich Befürchtungen und Bestrebungen in der Gesellschaft - DIE LINKE verhält sich dazu aktiv, aufklärerisch, selbstbewusst und offensiv als Partei der sozialen Gerechtigkeit und Sicherheit, der friedlichen Außenpolitik, als sozialistische Bürgerrechtspartei und als Partei des ökologischen Umbaus, für Klimagerechtigkeit und einen gerechten Welthandel.

Sie will beitragen, gerechte und zukunftsfähige gesellschaftliche Regelungen in einer Zeit zunehmender Umbrüche zu schaffen. Wir streiten für soziale und öffentliche Sicherheit für ein Leben in Freiheit. Wir wollen eine gesellschaftliche Entwicklung, die von Vernunft, Vertrauen und Fortschritt geprägt ist.

Macht, Eigentum, Vermögen, Wissen und Einfluss konzentrieren sich auf immer weniger. Das blockiert die Überwindung der Krisen unserer Zeit und verschlechtert die Lebensperspektiven der meisten. Deshalb brauchen wir eine andere Politik: **Macht, Eigentum, Vermögen, Wissen und Einfluss müssen anders, gerecht verteilt werden und der Gesellschaft, dem Gemeinwohl dienen.** Nur so lassen sich die Krisen und drängendsten Probleme der Gesellschaft lösen, nur so lässt sich Zukunft politisch gestalten, Gerechtigkeit und Fortschritt erreichen.

Gleichheit und soziale Gerechtigkeit verstehen wir als Leitidee unserer Politik.

- Die Lebensbedingungen der einen müssen sich an den Lebensbedingungen der anderen messen lassen - und daher auch zugunsten der Benachteiligten begrenzen beziehungsweise fördern lassen.
- Weder die Bewältigung von Defiziten noch bevorstehende Entwicklungen dürfen die Gesellschaft wie bisher in Gewinner und Verlierer spalten. Ausgrenzung von Wohlstand und Teilhabe nehmen wir nicht hin. Die Instrumente dafür müssen im Ziel fest, in der praktischen Ausgestaltung flexibel sein.
- Der Einstieg in eine solche Entwicklung muss zu gut bezahlten und sicheren Arbeitsverhältnissen statt prekärer Jobs, zu einer sanktionsfreien

Mindestsicherung, einer sozialen Rentenreform und einer solidarischen Gesundheitskasse führen. Die Umsetzung einer solchen Leitidee bedarf einer Offensive für das Öffentliche und einer Erneuerung der Demokratie.

Eine Gesellschaft nach dieser Leitidee ist keine der Stagnation, sondern des politisch gestalteten Wandels - hin zu umfassender Nachhaltigkeit im Rahmen des sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft. In einem ersten Schritt müssen die in der Merkel-Ära angestauten Defizite abgebaut werden - vom Stau bei öffentlichen Investitionen in der Bildung, bei Gesundheit und Pflege, im öffentlichen Dienst bis hin zu technologischen Innovationen in der Forschung, bei der Digitalisierung, bei der Energiewende.

Eine solche Gesellschaft ächtet die Gewalt, den Krieg. Sie verträgt sich nicht mit einer Militarisierung der Außenpolitik, mit Kampfeinsätzen der Bundeswehr, mit Waffenexporten. Sie will Frieden und Entspannungspolitik in Europa und weltweit.

Nichts geht ohne Europa: Alle Lösungen müssen letztlich auch europäische sein. "Europäisch" meint: die Europäische Union plus ihre Nachbarschaft plus ihre globale Verantwortung. Die EU trägt Verantwortung - und wird ihr derzeit nicht gerecht - für die soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung nicht nur bei ihren Mitgliedern, sondern auch in ihrer Nachbarschaft und bei der Frage, wie wir z.B. weltweit Handel treiben. Ohne die Bekämpfung von Armut und die Förderung von Entwicklungsperspektiven, die vor allem jungen Menschen Lebenschancen eröffnen, werden Fluchtursachen nicht bekämpft werden können.

Wir leben in einer Situation, in der es an der Zeit ist, für Neues offen zu sein und zugleich Partei zu ergreifen...

- für soziale Gerechtigkeit und Humanität, für Solidarität und Weltoffenheit, für Demokratie und Fortschritt,
- gegen Nationalismus, Reaktion, Intoleranz, gegen das gesellschaftspolitische Rollback, das von rechts vorangetrieben wird.

An unserer klaren Haltung in diesen Dingen lassen wir keinen Zweifel.

4. Gegner und Konkurrenz

Gegner

CDU/CSU

Seit Sommer 2015, seit der sogenannten Flüchtlingskrise, nehmen die Konflikte innerhalb der CDU und vor allem mit der CSU dramatisch zu. Merkel verfolgte zu Beginn einen humanitären Umgang mit Geflüchteten, während sich Seehofer und Söder sehr früh für Grenzsicherungen und Asylrechtsverschärfungen aussprachen. Auf der einen Seite steht die Union derzeit für eine in der Geschichte der Bundesrepublik wahrscheinlich beispiellose Zerstrittenheit zwischen Regierungsparteien. Auf der anderen Seite grenzt dieser Streit an politische Inszenierung, an eine Kommunikationsstrategie, mit der Merkel und Seehofer als *good cop*, *bad cop* wahrgenommen werden. Zumindest wird diese

Konstellation in Kauf genommen, ansonsten hätte Merkel die CSU-Minister entlassen oder die CSU die Bundesregierung verlassen müssen. Rund sechs Prozent hat die Union binnen eines Jahres verloren. CDU und CSU stehen scheinbar für zwei unterschiedliche politische Lager, Opposition wird in der Regierung gemacht. Hier Merkels „Wir schaffen das“- Beschwörung und das scheinbare Festhalten an humanitären und verfassungsrechtlichen Grundsätzen, dort Seehofers Rechtspopulismus und Stimmungsmache. Merkels Kurs hat auch die Wirkung, linke Kritik zumindest teilweise vereinnahmen zu können, weil eine Positionierung für Weltoffenheit dem Merkel-Lager zugerechnet wurde und scheinbar Regierungshandeln war.

Die Union hatte seit Bestehen der Bundesrepublik eine eiserne Regel: Rechts neben uns ist nur noch die Wand. Jetzt ist da die AfD, Fleisch vom Fleische der Union. Die Union ist damit als die dominierende Volkspartei geschwächt, die wahlpolitische Dividende des Modernisierungskurses der Kanzlerin fast dahin. Vieles deutet darauf hin, dass Teile der Union nach der Bundestagswahl eine Koalition mit den Grünen anstreben. Das hängt aber nicht zuletzt davon ab, ob Merkel 2017 noch einmal antritt. Voraussichtlich wird sich die Bundeskanzlerin auf dem CDU-Parteitag Anfang Dezember erklären. Ihre persönlichen Umfragewerte sind deutlich gesunken, liegen aber noch immer über denen der Union. Wechselstimmung und Unzufriedenheit mit der Regierung nehmen zu, sind leicht in der Mehrheit, aber noch nicht eindeutig, auch weil die personelle Alternative zur Kanzlerin unklar ist.

AfD

Die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung führt auch zu einer Polarisierung im Parteiensystem. Hier bilden einerseits DIE LINKE, andererseits die AfD die Pole - weil sich die Parteien selbst mehrheitlich politisch so definieren und weil sich ihre jeweiligen Anhängerschaften selbst so einordnen. Die AfD ist derzeit ein politischer Magnet vorwiegend für Menschen mit rechten, autoritären, antidemokratischen Einstellungsmuster und hat Zulauf aus allen Parteien sowie vor allem von Nichtwählerinnen und Nichtwählern. Sie erstarkt, weil sich rechts von der Union und bis weit hinein in die Eliten gesellschaftliche Gruppen formieren, die lange Zeit vor allem in der Union mehr oder weniger integriert waren. Die AfD wird inzwischen von jenen Kräften bestimmt, die sie zu einer rassistischen, rechtspopulistischen, nationalistisch-völkischen, marktradikalen, antidemokratischen, antifeministischen und homophoben Partei geformt haben. Die AfD will ungarische Verhältnisse, eine Orbánisierung der Bundesrepublik.

Konkurrenz

SPD

Die SPD hat ihre Krise in der Großen Koalition nicht überwinden können, der auf Schröders Agenda-Politik zurückgehende Identitäts- und Glaubwürdigkeitsverlust der Partei wirkt fort. In Umfragen liegt sie unverändert auf ihrem schlechten Ergebnis von 2013. In der Partei gibt es nun eine Debatte über einen politischen Kurswechsel. Die Forderung, eine Fortsetzung der Großen Koalition nach der

Bundestagswahl im Vorhinein auszuschließen und die Konfrontation zur Union zu verschärfen, wird lauter. Sigmar Gabriel sagt, die SPD leide unter einem Vertrauensverlust in der Gerechtigkeitsfrage und brachte im Frühsommer ein „Bündnis der progressiven Kräfte“ in die Debatte. In Teilen der SPD scheint sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass es inhaltlich und koalitionspolitisch so nicht weitergehen kann. Entschieden ist aber noch nichts, eine sozialdemokratische Gerechtigkeitswende ist vor allem programmatisch überhaupt noch nicht untersetzt. Will die SPD höhere Steuern für Reiche und eine Vermögensteuer, soll der Arbeitsmarkt reguliert, der Mindestlohn erhöht und prekäre Jobs einschränkt werden, gibt es mit der SPD eine soziale Rentenreform, kehrt sie zur paritätischen Finanzierung im Gesundheitssystem zurück, kommt der Einstieg in eine Bürgerversicherung, gibt es eine außenpolitische Wende und was sagt die SPD zur Krise in der EU? An der Beantwortung dieser Fragen wird sich entscheiden, ob von einem linken Kurswechsel gesprochen werden kann. Ausgeschlossen ist auch nicht, den bisherigen Kurs fortzusetzen. Einige in der SPD wollen sogar auf einen eigenen Kanzlerkandidaten verzichten.

Die SPD-Führung will die Kanzlerkandidatur nach den Landtagswahlen in NRW im Mai 2017 klären. Fest steht: Ohne eine Bündnisoption von SPD und LINKE wird die Union nicht aus dem Kanzleramt verdrängen zu sein. Setzen sich in der SPD diejenigen durch, die für einen wirklichen Politikwechsel jenseits der Union stehen oder jene, die den Niedergang der SPD als Juniorpartnerin einer unionsgeführten Bundesregierung besiegeln würden? DIE LINKE macht Druck für einen wirklichen Politikwechsel. Damit richten wir uns auch an die Linken, die kritischen Köpfe und die vielen Mitglieder in der SPD, die eine Politik der sozialen Gerechtigkeit wollen.

Grüne

Die Grünen behaupten und profilieren sich gern als moderne, bürgerliche, progressiv-liberale Partei. Koalitionspolitisch werden sie sich vor der Bundestagswahl nicht festlegen. Derzeit scheinen jene Kräfte die Oberhand zu haben, die die Grünen in eine schwarz-grüne Bundesregierung führen wollen. Bleiben sie in ihrer Ausrichtung weiterhin so beliebig, müssen sie ihren Wählerinnen und Wählern im Wahlkampf erklären, welche grünen Inhalte sie mit der Union umsetzen wollen. Wer grün wählt, kann mit Horst Seehofer aufwachen. Eine schwarz-grüne Bundesregierung wäre nicht nur schlecht für das Land, weil soziale Politik ausgeschlossen ist. Eine schwarz-grüne Bundesregierung würde auch der AfD und ihrem Kulturkampf noch einmal Auftrieb geben.

5. Warum DIE LINKE wählen?

Immer mehr unentschlossene - in der Tendenz auch mehr Nichtwählerinnen und Nichtwähler - und immer weniger Stammwählerinnen und Stammwähler: Die Politikwissenschaft spricht von zunehmender Volatilität der Wählerschaft, eine Entwicklung, die sich seit der letzten Bundestagswahl noch einmal verschärft. Immer seltener wird die Wahlentscheidung aufgrund langfristiger Parteibindung und immer öfter angesichts kurzfristiger Erwägungen gefällt. Wirksamkeit und Zweck der eigenen Stimme spielen eine immer größere Rolle. Die Frage ist: Wie hoch wird der Einfluss der bevorzugten Partei auf die Politik der kommenden

Jahre eingeschätzt? Seit 2013 sank der Anteil der Stammwählerinnen und Stammwähler an allen Wahlberechtigten von 55 auf unter 40 Prozent. Die Gruppe der Unentschlossenen (und Nichtwählerinnen und Nichtwähler) ist inzwischen mit Abstand die größte unter allen Wahlberechtigten. Aktuell ist es kaum vorhersehbar, wohin sie sich im Verlauf des kommenden Jahres mehrheitlich wenden wird. Diese Situation birgt für uns Risiken und Chancen zugleich.

Potenzial *linke Unentschlossene* ausschöpfen

Dieser Trend findet sich auch bei potenziellen Wählerinnen und Wähler der LINKEN. Insgesamt 16 Prozent aller Wahlberechtigten (Realpotenzial) können sich derzeit vorstellen können, uns zu wählen beziehungsweise würden uns tatsächlich wählen. Ein knappes Drittel dieses Potenzials gibt an, momentan unentschlossen zu sein. Die Unentschlossenen sind nach unseren Wählerinnen und Wählern die größte Gruppe aus unserem Potenzial. Zu anderen Parteien oder zur Nichtwahl tendieren deutlich weniger.

Das heißt, Unentschlossenheit – nicht andere Parteien (!) – ist das Problem und zugleich eine große Chance: ein erhebliches Potenzial innerhalb des Potenzials. Genau hier müssen wir ansetzen, um zuzulegen. Daher wird es darum gehen, im Wahlkampf Stammwählerinnen und Stammwähler weiterhin an uns zu binden und zugleich um die *linken Unentschlossenen* zu kämpfen, uns tatsächlich zu wählen. Wer heute der LINKEN prinzipiell nahe steht, aber noch nicht weiß, wie er oder sie sich entscheiden wird, muss überzeugt werden, braucht Gründe, das Kreuz – nicht irgendwann mal, sondern an jenem Sonntag im September 2017 – bei der LINKEN zu machen. Gründe, warum es gerade in diesen Zeiten wichtig ist, DIE LINKE zu wählen, warum es sich lohnt, wirklich hinzugehen zur Wahl, warum es einen Zweck hat und DIE LINKE gebraucht wird, warum es notwendig ist, DIE LINKE zu wählen, um Gesellschaft und Politik zu verändern.

I. Mit denen ändert sich was: Eine Stimme für DIE LINKE lohnt sich

Wer sich vorstellen kann, DIE LINKE zu wählen, will nicht, dass es so bleibt wie es ist. Wer sich vorstellen kann, DIE LINKE zu wählen, meint in der Regel, dass es sozial ungerecht zugeht im Land, dass es in der Gesellschaft zu große Unterschiede gibt, vor allem zwischen Arm und Reich. Dass viele Menschen außen vor bleiben, obwohl die Wirtschaft läuft und dass sozial nichts sicher und auf Dauer, das Leben nicht planbar ist. Sie wollen nicht, dass es so weitergeht wie bisher – mit den Niedriglöhnen und der unsicheren Arbeit, mit der Rente vor allem für die Jungen, mit der Armut gerade bei Kindern, mit dem Reichtum, der nicht besteuert wird, mit dem Gesundheitssystem, indem man inzwischen besser nicht krank wird. Wer DIE LINKE wählt oder es sich vorstellen kann, will Veränderung, will bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse, will, dass Politik endlich mal in die andere Richtung geht: Dass es gerechter, sozialer und besser für alle wird.

Empörung aufzunehmen, ist wichtig. Unentbehrlich für DIE LINKE. Ebenso wichtig ist es, Perspektiven aufzuzeigen und berechtigte Hoffnung auf Veränderung und Verbesserung zu machen. Für beides muss linke Politik stehen. Ansonsten wird aus Empörung Frustration und Resignation über Dinge, die sich angeblich sowieso nie ändern, egal was man wählt oder der Protest rutscht nach rechts weg.

Die Attraktivität der LINKEN steigt mit ihrer politischen Wirkungsmacht. Erreicht DIE LINKE etwas, erreiche ich etwas mit einer Stimme für DIE LINKE? Inhalte allein nützen wenig, wenn sie nicht dafür bestimmt sind, Realität zu werden. Mit unseren politischen Forderungen wollen wir überzeugen, gleichzeitig muss linke Politik als durchsetzungsfähig wahrgenommen werden. Wir stehen für eine Politik der Hoffnung, das Gefühl muss sein: Wenn ich DIE LINKE wähle, verändert sich was.

Ja, Hoffnung! Auch darum geht es bei der Wahl – gerade für uns. Die Hoffnung muss zurück in die Politik, in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Wir haben viel zu viel vom Gegenteil, Hoffnungslosigkeit, Ohnmacht und Enttäuschung prägen derzeit die Stimmung eines Großteils der Bevölkerung. Ein Wahlerfolg der LINKEN muss als notwendiger Schritt für eine andere, soziale Politik in diesem Land erkennbar sein. Wählerinnen und Wähler haben mit uns Grund zur Hoffnung, dass sie mit ihrer Stimme etwas nach links bewegen. Im Idealfall sehen sich Wählerinnen und Wähler der LINKEN selbst als Teil eines Projekts, um dessen konkrete politische Umsetzung gerungen wird.

II. Die wissen, was sie wollen. Inhalte für eine andere, sozial gerechte Politik

Es geht um etwas, um eine **Richtungsentscheidung über die Zukunft** dieses Landes. Endlich einen Bruch mit der jetzigen Politik und eine Kurswende für soziale Gerechtigkeit, einen linken Politikwechsel oder weiterhin soziale Kälte mit zunehmendem Rechtspopulismus und Rassismus. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und gerechter die Zukunft. Wir haben klare Vorstellungen davon, was wir wollen. Bei uns ist klar, wofür wir stehen. Unsere Kernthemen, ein erkennbar soziales Profil und verständliche Botschaften werden unseren Wahlkampf prägen. DIE LINKE hat ein Konzept für einen echten Politikwechsel.

Wir werben mit linken Reformprojekten, die zeigen, dass eine andere Politik möglich ist: _

- Wir wollen gute und sichere Arbeitsverhältnisse statt prekärer Jobs. Der Mindestlohn muss auf 12 Euro steigen, um Armut heute und im Alter zu verhindern. Dauerbefristungen, Leiharbeit und der Missbrauch von Werkverträgen wollen wir zurückdrängen. Sie bremsen auch die Lohnentwicklung insgesamt. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit: Die strukturelle Unterbezahlung von Frauen muss beendet werden.
- Wir wollen Kinderarmut wirksam bekämpfen. Statt Hartz IV wollen wir eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1050 Euro. Die Regelsätze müssen in einem ersten Schritt auf 500 Euro angehoben, die Sanktionen abgeschafft

werden. Die Arbeitslosenversicherung muss wieder ausgebaut werden, Erwerbslosigkeit darf nicht zum sozialen Absturz führen.

- Die Rente muss wieder vor Armut schützen und den Lebensstandard sichern. Wir wollen das Rentenniveau auf 53 Prozent anheben, eine Mindestrente von 1050 Euro einführen und jede und jeder muss wieder spätestens mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können.
- Wir wollen ein Ende der Zwei-Klassen-Medizin und den Einstieg in eine solidarische Gesundheitsversicherung – in eine Kasse ohne Zuzahlungen und Zusatzbeiträge, in die alle einzahlen, damit es für alle besser und bezahlbar wird.
- Wir kämpfen für bezahlbare Mieten, den sozialen Wohnungsbau und eine wirksame Mietpreisbremse. Mietererhöhungen allein aufgrund von Neuvermietungen wollen wir verbieten.
- Wir wollen höhere Steuern für Reiche und Gerechtigkeit in der Steuerpolitik. Die Steuerfreiheit auf Reichtum muss beendet werden. Dagegen wollen wir Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten. Zur Finanzierung wollen wir den Spitzensteuersatz anheben, eine Steuer auf Vermögen oberhalb einer Million Euro einführen, Kapitalerträge und große Erbschaften deutlich höher besteuern. Null Toleranz bei Steuerflucht: Die teuersten Flüchtlinge sind Steuerflüchtlinge!
- Wir wollen Reichtum besteuern, damit mehr Geld vor Ort da ist: in den Kommunen, für die Infrastruktur – für Investitionen und mehr Personal in Schulen, Kitas, Krankenhäusern, für den Nahverkehr, öffentlichen Wohnungsbau. Öffentliche Infrastruktur zu stärken, ist eine Voraussetzung guter Integrationspolitik.
- Wir wollen eine Energiewende mit Sozialsiegel: eine Energiewende, die sozial, ökologisch und demokratisch ist. Sozial, um eine gerechtere Verteilung der Kosten zu erzielen und Energiearmut zu verhindern. Ökologisch, um die Klimaschutzziele zu erreichen, zu übertreffen. Demokratisch, um die Marktmacht der großen Energiekonzerne zu brechen und mehr Bürgerbeteiligung zu ermöglichen.
- Wir wollen Bürgerrechte ausbauen, statt Grundrechte schleifen. Wir werden Freiheit nicht auf dem Altar der so genannten inneren Sicherheit opfern. Wir lehnen Asylrechtsverschärfungen ab und setzen uns stattdessen für ein modernes Staatsbürgerschafts- und Einwanderungsrecht ein.
- Wir wollen kein deutsches Europa! Die Kürzungspolitik muss gestoppt werden, stattdessen brauchen wir europaweite Investitionsprogramme gegen Arbeitslosigkeit und Lohn- und Sozialkürzungen. TTIP und Ceta wollen wir stoppen.
- Wir wollen eine friedliche Außenpolitik ohne Waffenexporte und Kampfeinsätze der Bundeswehr. Wir wollen die Rüstungsausgaben deutlich senken. Statt Flüchtlinge müssen die Ursachen der Flucht bekämpft und legale Fluchtwege nach Europa geschaffen werden, damit das Ertrinken im Mittelmeer ein Ende hat.

III. Schuss Utopie: Wir wollen, dass es grundsätzlich anders läuft in der Gesellschaft

Ein machbares linkes Reformprogramm für den dringend notwendigen Politikwechsel verstehen wir als Einstieg, als einen ersten Schritt auf dem Weg in

eine bessere, menschlichere Gesellschaft. Als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten ist uns das aber nicht genug. Wir wollen die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend verändern. Und das geht nur, wenn man sich die Utopien und Visionen behält und die Macht- und Eigentumsverhältnisse in der Gesellschaft, die auch nach Umsetzung eines linken Reformprogramms ungerecht sein werden, grundsätzlich kritisiert. Wem gehört was und aus welchen Gründen in dieser Gesellschaft? Der Kapitalismus ist für uns nicht das Ende der Geschichte. Wir scheuen nicht die großen Fragen. Auch nicht im globalen Maßstab, nicht bei den Menschheitsproblemen von Hunger, Armut und Klimawandel. Ein Grund für den Frust und die Hoffnungslosigkeit im Land ist, dass Parteienpolitik vor allem für das Gegenteil von Utopien und Visionen steht. Der herrschende Diskurs der vermeintlichen Sachpolitik will „entideologisieren“, was heute die wirkmächtigste Ideologie ist. DIE LINKE steht für grundsätzliche Alternativen, auch dafür werden wir gewählt. Für eine bessere Zukunft – weit über eine Legislaturperiode hinaus.

IV. Wer Seehofer&Merkel ablösen will, muss DIE LINKE wählen.

Im Gegensatz zur Union, zur SPD und zu den Grünen, weiß man bei der LINKEN, was man bekommt. Wer links wählt, kriegt auch linke Politik: Sozial auch nach der Wahl und Druck auf einen linken Politikwechsel – ob in Regierung oder Opposition. Bei den anderen ist alles beliebig, jeder könnte mit jedem koalieren, nichts wird ausgeschlossen. SPD und Grüne halten sich offen, Merkel im Amt zu bestätigen. Das heißt: Wer grün wählt, kann Seehofers CSU bekommen, wer SPD wählt, wacht womöglich wieder mit Schäuble auf. Deshalb geht es bei der Bundestagswahl auch um die Alternative: Sozialer Politikwechsel oder Weiter so? DIE LINKE oder CDU/CSU? Wer will, dass die Union das Kanzleramt räumt und stattdessen endlich sozial gerechte und ökologische Politik gemacht wird, muss DIE LINKE wählen. SPD und Grüne sind nicht verlässlich, im Zweifel stehen sie erneut als Steigbügelhalter für Merkel & Seehofer bereit. DIE LINKE ist die einzige Partei, die weder Merkel noch einen anderen Unionskandidaten wählen wird, sondern für einen echten Politik- und Regierungswechsel steht.

V. DIE LINKE hält dagegen! Eine Stimme für DIE LINKE ist ein Statement für Weltoffenheit und gegen Rassismus!

Eine Stimme für DIE LINKE ist ein grundsätzliches Statement für Weltoffenheit, Humanität und eine solidarische Flüchtlingspolitik. Wer DIE LINKE wählt, steht auf gegen Rassismus und stellt sich auf die Seite derjenigen, die sich den Rechten aktiv entgegenstellen. Bei den Landtagswahlen in diesem Jahr – als alle anderen Parteien bis zu den Grünen mehr oder weniger nach rechts getaumelt sind – haben wir in diesen Fragen Haltung gezeigt, unsere Identität nicht über Bord geworfen. Dagegenhalten in diesen Zeiten – gegen den Rechtruck, gegen Rassisten, gegen das autoritäre Rollback – erfüllt eine ganz wichtige gesellschaftliche Funktion. Vor allem junge Wählerinnen und Wähler politisieren sich derzeit anhand dieser Fragen und wählen gerade deshalb DIE LINKE. Auch im Bundestagswahlkampf wird es um linke Werte gehen, um Solidarität und eine Haltung, die sich dem Kulturkampf der Rechten entgegenstellt.

6. Linke Politik ist machbar. DIE LINKE macht einen Unterschied.

DIE LINKE - seit 2005 mit Fraktion vertreten - ist drittstärkste Partei und Oppositionsführerin im Bundestag. Wir sind an zwei Landesregierungen beteiligt und stellen Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Landrätinnen und Landräte, viele weitere hauptamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Außerdem stellen DIE LINKE und linke Listen rund 6.500 ehrenamtliche Mandate. Genossinnen und Genossen tragen Verantwortung in kommunalen Vertretungen, Gemeinde- und Stadtvertretungen, Kreistagen, Ortsteil-Beiräten und Regionalversammlungen. DIE LINKE ist etabliert - vor Ort, in den Ländern, im Bund, gesellschaftlich verankert, außerparlamentarisch in sozialen Bewegungen aktiv: etabliert als soziale Alternative zu Neoliberalismus und Rechtsruck!

LINKE Politik wird gemacht - jeden Tag und es macht einen Unterschied, ob LINKE in der Regierung sind oder nicht. Wir haben in Thüringen seit knapp zwei Jahren mit Bodo Ramelow einen erfolgreichen und beliebten Ministerpräsidenten. Die Regierung beweist tagtäglich: DIE LINKE kann, wenn sie will.

Für uns ist klar, gesamtgesellschaftlich wird nur etwas in Bewegung kommen in diesem Land, wenn alle progressiven Kräfte - sowohl unter den Parteien als auch in der Gesellschaft - bereit sind, Schritte in die richtige Richtung zu unternehmen: hin zu einem sozialen und ökologischen Politikwechsel!

Will DIE LINKE regieren? Viele potenzielle Wählerinnen und Wähler der LINKEN stellen sich nicht nur diese Frage. Viele erwarten von uns einen Politik- und Regierungswechsel. Wir sagen unseren Wählerinnen und Wähler für die kommende Bundestagswahl: Wir wollen das, was wir fordern, auch durchsetzen. Wir werden regieren, wenn wir mit anderen die Politik ändern können: sozialer, gerechter und besser für alle.

Unser Grundsatzprogramm definiert Mindestbedingungen für Regierungsbeteiligungen: keine Kampfeinsätze der Bundeswehr, keinen Sozialabbau, keine Privatisierung und Verschlechterung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Unser Grundsatzprogramm gilt.

Spannender für Wählerinnen und Wähler ist die Diskussion über Inhalte und konkrete Projekte eines Politikwechsels mit der LINKEN. Diese Diskussion wollen wir im Wahlkampf in den Mittelpunkt rücken und treten in einen Wettbewerb um das beste politische Angebot. Sollten dabei andere Parteien Inhalte von uns übernehmen, ist es umso besser. Gewählt wird ohnehin immer das Original, so oder so. Entscheidend ist: Wir brauchen eine Verschiebung des Diskurses: weg von den Angstdebatten von Burka bis Hamsterkauf, weg von den Erzählungen, die das Spiel der Rechten betreiben. Hin zu den realen Problemen der Menschen - Arbeit, Rente, Armut, Gesundheit, Miete, kurz: soziale Unsicherheit - und zu den Zukunftsfragen der Gesellschaft.

7. Zielgruppen und Ansprache

Derzeit können sich etwas 16 Prozent aller Wahlberechtigten vorstellen, DIE LINKE zu wählen. Das ist die Ausgangslage für den Bundestagswahlkampf. Diese

potenziellen Wählerinnen und Wähler der LINKEN wollen wir überzeugen und mobilisieren, tatsächlich DIE LINKE zu wählen.

Zielgruppen

DIE LINKE setzt sich für die Interessen von **Menschen in unsicheren, prekären Lebensverhältnissen** ein. DIE LINKE wird überdurchschnittlich von Erwerbslosen, prekär Beschäftigten und Menschen mit geringen Einkommen gewählt. Zuletzt haben wir bei diesen Wählerinnen und Wählern an Zuspruch eingebüßt, diese Entwicklung wollen wir umkehren und wieder deutlich mehr Menschen ermutigen und von unserer Politik überzeugen. DIE LINKE ist die Partei, die sich - nicht nur in Wahlkämpfen - für die Sorgen der Menschen im Alltag interessiert, die zuhört und gleichzeitig Möglichkeiten anbietet, sich gemeinsam zu wehren - ohne das Blaue vom Himmel zu versprechen. Anknüpfend an die bisherigen Erfahrungen in der Partei werden wir einen Wahlkampf führen, der zu den Bürgerinnen und Bürgern kommt. Wie gehen von Tür zu Tür und wollen vor allem erst einmal zuhören und ins Gespräch kommen. Was bewegt die Menschen, was liegt ihnen auf dem Herzen, wo drückt der Schuh?

DIE LINKE wird im Wahlkampf darüber hinaus diejenigen ansprechen, **deren Einkommen unter und knapp über dem Durchschnitt liegt**. Dazu gehören viele Angestellte im öffentlichen Dienst wie in der Privatwirtschaft, das Handwerk und viele Selbstständige. Das sind diejenigen, die das Gemeinwesen zu einem Großteil finanzieren und zu viel an Steuern zahlen müssen, weil Spitzenverdienende und Millionäre durch Steuersenkungen geschont werden. Mit einer Einkommensteuerreform, wie sie DIE LINKE vorschlägt, würden vor allem monatliche Einkommen zwischen 2000 und 3500 Euro deutlich entlastet!

Darunter sind auch diejenigen, die in **sozialen Berufen und in der öffentlichen Daseinsvorsorge arbeiten**, z.B. Pflegepersonal im Krankenhaus, Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas. Jene, die sich um Menschen kümmern, die pflegen, versorgen, erziehen, lehren und jene, die sich um die Infrastruktur kümmern, um das Öffentliche, das für alle wichtig ist. Wir wollen - und kämpfen mit den Gewerkschaften dafür -, dass gerade hier die Löhne steigen, die Arbeitsbedingungen verbessert werden - **vor allem im Interesse von Frauen, die mehrheitlich in sozialen Berufen arbeiten** - und mehr Personal eingestellt wird.

Zudem wollen wir die **Mittelschicht - z.B. Facharbeiterinnen und Facharbeiter - ansprechen, die zum Teil auch vom sozialen Abstieg bedroht** ist. Sozialen Ängsten wollen wir eine Politik der sozialen Sicherheit entgegenstellen. Aufgabe linker Politik ist es, gemeinsame Interessen von Erwerbslosen, prekär Beschäftigten, Stammebelegschaften, der zum Teil abstiegsbedrohten Mittelschicht zu vertreten. Neoliberale Politik macht das Gegenteil, sie entsolidarisiert und spielt diese Gruppen gezielt - z.B. mit dem Hartz-IV-Sanktionsregime und Niedriglöhnen - gegeneinander aus. Wir werden machbare Reformprojekte aufzeigen, die für mehr soziale Gerechtigkeit und spürbare Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt, in der Rente, im Gesundheitssystem und bei den öffentlichen Leistungen stehen.

Daran anschließend wollen wir mit unserem politischen Angebot auch die Generation ansprechen, die **mitten im Berufs- und Familienleben** steht. Hier haben wir in den letzten Jahren verloren, hier wollen wir Zuspruch und Kompetenz zurückgewinnen. Bildung, Familienpolitik und soziale Sicherheit, die über Generationen hinweg wirkt und in allen Lebensabschnitten gilt: ohne Kinderarmut, für viel mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf und einen Lebensabend in Würde.

Seit einiger Zeit erfahren wir vermehrt Zuspruch von jungen Menschen. DIE LNKE konnte bei den letzten Wahlen in **jungen, urbanen, akademischen Milieus** zulegen. Daran hat sich teils eine Scheindebatte entzündet, in der das Engagement der LINKEN für Geflüchtete und gegen Rassismus einerseits und für soziale Gerechtigkeit andererseits gegeneinander diskutiert wird. Wir sagen: Beides gehört zusammen – vor allem für die urbanen Milieus selbst. Viele sind von Prekarisierung und Wohnungsmangel betroffen, arbeiten unabgesichert als freischaffende Künstlerinnen und Künstler, als Solo-Selbstständige oder werden an Hochschulen ausgebeutet. Gerade in Anbetracht dieser Milieus wird deutlich, dass wir eine **Klammer von Interessens- und Wertebezug linker Politik** benötigen.

Milieus verbinden, gemeinsam ansprechen

Stadt - Land: Wir wollen einen Wahlkampf führen, der sowohl die städtischen Milieus anspricht als auch die Sorgen und Nöte der Menschen im ländlichen Raum in den Blick nimmt.

Jung - Alt: Wir legen bei jüngeren Wählerinnen und Wählern derzeit zu. Gleichzeitig haben wir viele ältere Stammwählerinnen und Stammwähler, bei den mittleren Jahrgängen verlieren wir. Für den Wahlkampf erfordert das, auch Themen ins Zentrum zu rücken, die die Generationen verbinden.

Ansprache und Kommunikation im Wahlkampf

- Hoffnungsvoll: Wir wissen, die Dinge müssen nicht bleiben, wie sie sind.
- Alltagsbezogen: Wir wollen Politik nachvollziehbar machen, verständlich kommunizieren.
- Aufsuchend: Wir machen Wahlkampf, der zu den Menschen kommt.
- Aufklärerisch: Wir treten Vorurteilen entgegen und liefern Fakten.
- Kompetent: Wir bieten Lösungen an und werben für machbare Reformen.
- Visionär: Wir denken über die Tagespolitik, über die Legislaturperiode hinaus.
- Rebellisch: Wir geben Protest Raum und legen uns mit den Mächtigen an.
- Aktivierend: Wir brauchen Dich! Wir laden ein zum Mitmachen.

DIE LINKE hat für ihre politischen Forderungen **Bündnispartner in der Gesellschaft**. Nicht nur im Wahlkampf arbeiten wir daran, dass sich die progressiven gesellschaftlichen Kräfte bündeln, dass sich DIE LINKE weiter gesellschaftlich verankert. Mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wohlfahrtsverbänden, Studierenden, Umweltgruppen, Migrantinnen und Migranten, Geflüchteten-Initiativen,

antifaschistischen, antirassistischen Organisationen und auch mit Kirchen, jüdischen und muslimischen Religionsgemeinschaften teilen wir politische Ziele.

Zum Beispiel begrüßen wir die aktuelle **bundesweite Rentenkampagne des DGB** und werden auch im Bundestagswahlkampf mit den Gewerkschaften an einem Strang ziehen, um eine soziale Rentenreform über einen Politikwechsel zu erreichen, für den die Gewerkschaften selbst Druck auf andere Parteien machen müssen. U.a. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden wir als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Wählerinnen und Wähler ansprechen.

In der Flüchtlingspolitik stehen wir an der Seite von Vereinen, Initiativen - von Pro Asyl bis Moabit hilft! - und den vielen Engagierten, die sich für die Rechte von Geflüchteten einsetzen. Mit unserer Kampagne „Das muss drin sein.“ werden wir in den nächsten Wochen das Thema bezahlbare Mieten aufrufen, um gemeinsam mit Mieteninitiativen Druck zu machen für eine andere Wohnungspolitik. Wir unterstützen und sind Teil der Proteste gegen die Freihandelsabkommen CETA und TTIP.

DIE LINKE kämpft um den Osten.

DIE LINKE hat die vergangenen Wahlen in ostdeutschen Bundesländern mit Ausnahme von Thüringen verloren. Die Erklärung dafür sind weniger sinkende Mitgliederzahlen. Wir schrumpfen täglich, die Neueintritte kompensieren nicht die Verluste. Wir brauchen mehr junge Leute im Osten, um die Zukunftsfähigkeit der Partei zu sichern. Für die Mitgliedergewinnung werden wir auch den Wahlkampf nutzen. Die Niederlagen im Osten haben aber vielmehr mit der gegenwärtigen Mobilisierungsschwäche linker Politik insgesamt zu tun.

Hinzu kommt, dass DIE LINKE ihre „biografische Kompetenz“ in Ostdeutschland verliert. Die PDS hatte über gut 15 Jahre eine sehr spezifische Rolle. Es ging um mehr als „links“. Es ging um eine authentische Vertretung ostdeutscher Biografien und Brüche, auch um ein Lebensgefühl. Der Generationswandel in der Partei geht Hand in Hand mit dem in ganz Ostdeutschland. Alte, sehr feste gesellschaftliche und auch emotionale Bindungen reißen ab, neue bauen sich erst vorsichtig auf. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf innerparteiliche Debatten und Prozesse, sondern auch auf Wählerbindungen und Verankerung. Die Partei ist in den ostdeutschen Ländern in einem spürbaren Umbruchprozess.

Dennoch: Wirtschaftlich und sozial ist das Land nach wie vor in West und Ost gespalten, von gleichwertigen Lebensverhältnissen kann keine Rede sein. All die Probleme, die neoliberale Politik in den vergangenen zwanzig Jahren verursacht hat, treten in Ostdeutschland noch einmal verschärfter auf: höhere Arbeitslosigkeit, mehr Menschen in Hartz-IV-Bezug, größerer Niedriglohnsektor und mehr prekäre Jobs, weniger Tarifbindung und schwächere Gewerkschaften, niedrigere Löhne, kaum Angleichung der Wirtschaftsleistung und Ungerechtigkeiten bei der Rente. Ostdeutsche Interessen sind daher in erster Linie soziale Interessen.

Darum: Unser Anspruch als LINKE, die Interessen der Menschen in Ostdeutschland zu vertreten, ist noch immer aktuell. Vielleicht ist er sogar

aktueller denn je, weil der Osten gerade nach rechts wegrutscht, es drohen Zustände wie in Teilen Osteuropas, Rechtspopulisten sitzen schon heute als Oppositionsführer in den Landtagen. Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern zeigt, dass die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung ein Symptom und nicht die Ursache dafür ist, dass sich – gerade im Osten – die politischen Verhältnisse verschieben. Die AfD-Werte in Mecklenburg-Vorpommern steigen kontinuierlich von West nach Ost an. Vor allem dort, wo soziale und gesellschaftliche Unsicherheit verbreitet und eine Politik, die sich kümmert, weit weg ist, haben die Rechten Zulauf und wenden sich viele von der Demokratie ab.

Rolle definieren, um zu mobilisieren

Um unseren Anspruch wahrzunehmen, um wieder mehr Menschen in Ostdeutschland für linke Politik zu mobilisieren, müssen wir auch unsere Rolle als LINKE im Osten klären. Wir sitzen zwischen den Stühlen: Einerseits sind wir nicht mehr in der Oppositions- und Protestrolle früherer Jahre. Wir regieren mit, wir stellen einen Ministerpräsidenten. Andererseits wird unserer bundespolitischen Rolle nicht zugeschrieben, dass wir im Bund zu Wahlen antreten, um künftig zu regieren und die Dinge auch umsetzen, die wir fordern. Das Problem ist, dass mit einer Stimme für DIE LINKE im Osten immer weniger verbunden wird, die politische Agenda, die anderen Parteien zu beeinflussen, zu „ärgern“ und einen Effekt zu erzielen. Die Stimme für Rechtspopulisten hat derzeit diesen Effekt.

DIE LINKE in die Bundesregierung und einen Politikwechsel wählen, das hat einen politischen Effekt, das provoziert. DIE LINKE in der Bundesregierung, dieses Szenario stand noch nie wirklich zur Wahl. Dieses Szenario, diese politische Option kann 2017 mobilisieren, vor allem im Osten. Diese Option wäre etwas völlig Neues, etwas völlig anderes. Noch nie hat eine Partei links von der SPD einer Bundesregierung angehört. Wir sagen den Wählerinnen und Wählern: Wir stehen nicht nur bereit, sondern wollen einen Regierungswechsel, um linke Politik durchzusetzen. Nirgends ist ein Politikwechsel so dringend wie im Osten. Gute Arbeitsverträge statt prekärer Jobs, Kinderarmut bekämpfen, Renten endlich angleichen und für alle erhöhen, dabei die niedrigeren Ost-Löhne weiterhin bei der Rente umrechnen, solange das Lohngefälle existiert, eine Gesundheitskasse ohne Zuzahlungen und Zusatzbeiträge, mehr Geld für die Kommunen, weil Reichtum besteuert wird. All das geht nur mit der LINKEN – in einer linken Regierung.

8. Wahlkampfziele

Ziel des Wahlkampfes der LINKEN ist es, möglichst viele Wählerinnen und Wähler für die Wahl der LINKEN zu gewinnen und gestärkt - mit einer Verbesserung des Ergebnisses von 2013 - in den Deutschen Bundestag einzuziehen. **Wir kämpfen um ein zweistelliges Ergebnis und wollen unsere Position als drittstärkste Fraktion im Bundestag verteidigen.** Das verlangt, einen entschlossenen Zweitstimmenwahlkampf zu führen. Die 2013 errungenen Direktmandate wollen wir verteidigen.

Matthias Höhn
Stand: 12. September 2016

Ein weiteres Ziel unseres Wahlkampfes ist es, mit Zugewinnen für DIE LINKE eine Mehrheit gegen die Union und damit eine Option auf einen sozialen Politikwechsel möglich zu machen. Wir wollen mit unserem Ergebnis dazu beitragen, dass Angela Merkel als Bundeskanzlerin abgelöst wird und die CDU und Seehofers CSU in die Opposition gehen. Rassistische Parteien gehören nicht in den Bundestag. Wir kämpfen auch darum, dass die AfD den Einzug in den Bundestag - so wahrscheinlich er aus heutiger Sicht auch sein mag - noch verpasst. Dafür werden sie politisch stellen, ohne uns an ihnen abzuarbeiten.